



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Neuschler, Otto: Die Zukunft Ägyptens

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Zukunft Ägyptens

Lord Cromer, der langjährige Leiter der englischen Verwaltung in Ägypten, hat vor kurzem völlig unerwartet seinen Rücktritt von dem Posten, den er lange Zeit hindurch in einer für England überaus nützlichen Weise bekleidet hatte, angekündigt und hat inzwischen schon die Stätte einer zweiundeinhalb Jahrzehnte langen Wirksamkeit verlassen. Es sind jedoch nicht die Gründe, die Lord Cromers raschen Entschluß hervorgerufen haben, auch nicht die sich etwa für das Land infolge des Wechsels in der politischen Leitung möglicherweise ergebenden Folgen, die hier besprochen werden sollen — diese Zeilen sollen vielmehr der Betrachtung eines vor kurzem erschienenen Buches dienen, das aber eben durch die bald nach seinem Erscheinen bekannt gewordene Rücktrittserklärung des seitherigen leitenden englischen Staatsmannes in Ägypten erhöhten Wert erhält. Ein besondrer Grund, sich mit der Zukunft Ägyptens im gegebenen Augenblick zu beschäftigen, liegt zwar vielleicht zurzeit nicht vor, wenn man nicht eben gerade den Rücktritt Lord Cromers als einen solchen ansehen will. Jedenfalls aber bieten die Betrachtungen Edward Diceys, des Verfassers von *Story of the Khedivate*, die er in seinem neuesten Buche *The Egypt of the Future* (London, William Heinemann, 1907) niedergelegt hat, eine Fülle des Interessanten und Bemerkenswerten, selbst wenn man sich nicht in jedem Punkt seiner Ansicht anschließen will oder kann.

Auch die Kritik, die das Werk Diceys in England selbst gefunden hat, weist darauf hin, daß seine Ausführungen für jeden, der sich mit Politik beschäftigt, von großem Wert seien, wenn es auch dahingestellt bleiben müsse, ob die von ihm vorgeschlagene Lösung der ägyptischen Frage die einzig richtige sei. Es soll hier gleich erwähnt werden, daß Dicey zwar die Tätigkeit Lord Cromers in Ägypten und seine Erfolge voll anerkennt, daß er aber in bezug auf die grundlegende Politik Englands in Ägypten eine grundfäglich verschiedene Anschauung hat. Daß der Mahnruf Diceys, die warnenden Worte, die er seinen Landsleuten in England zuruft, wohlbegründet seien, sucht die *Army and Navy Gazette* in einer Besprechung des Buches (Nr. 2460 vom 16. März 1907)

84

mit einem Hinweis auf die Verhandlungen in Algeciras im vorigen Jahre und mit einer Anspielung auf die Rolle, die das Deutsche Reich bei jener Veranlassung gespielt habe, sowie auf die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands zur Pforte zu begründen. „In Algeciras ist ein Vorgang geschaffen worden, nach dem jede beliebige Macht in Europa, die politische oder kommerzielle Interessen oder Rechte in Ägypten hat, in die Lage versetzt worden ist, die Zustimmung jeder wesentlichen Veränderung zu versagen, deren Einführung in die Beziehungen zwischen Ägypten und andern Kontinentalmächten England vorschlagen könnte, solange eine solche Veränderung nicht die Zustimmung einer internationalen Konferenz gefunden hat. Wir wissen somit ganz gut, daß eine gewisse Großmacht uns jederzeit Ungelegenheiten und Verwicklungen schaffen kann, wenn es ihr in den Sinn kommen mag, es zu tun, und daß sie uns möglicher- ja wahrscheinlicher Weise auch mit ihren Freunden, den Türken, in Verwicklungen bringen wird.“

Auch die englische Kritik spricht von dem Vorhandensein neuer Strömungen und Bestrebungen, von heimlichen Gefahren und andern bedrohlichen Erscheinungen, die sich trotz Lord Cromers eifriger Arbeit in den letzten Jahren gezeigt hätten, und sieht das Hauptverdienst von Diceys Buch gerade darin, daß er unumwunden die eigentümlichen Verhältnisse des heutigen Ägyptens beleuchtet und Wege weist, bei deren Verfolgung er Besserung erhofft und verspricht.

Doch wenden wir uns nun dem Buche selbst und zunächst seinem Verfasser zu! In der schon erwähnten „Geschichte des Khedivats“ hatte er die Geschichte Ägyptens geschildert von dem Tage der Landung Mohammed Alis an bis zu unsrer Zeit, wo Abbas der Zweite Ägypten regiert, dem Namen nach als ein Vasall seines Suzeräns, in Wirklichkeit als äußerer Repräsentant einer britischen Verwaltung, unterstützt durch britische Truppen. Das vorliegende Buch soll eine Fortsetzung jener ersten geschichtlichen Schilderung sein und will die Aufmerksamkeit lenken „auf gewisse Mängel in der britischen Verwaltung unter britischem Protektorat und auf die Politik, durch die diese Mängel am besten abgestellt werden könnten“.

An die vierzig Jahre ist das Geschick des Verfassers mit dem des von ihm geschilderten Landes eng verknüpft; während des größten Teils seines Lebens hat er eine „bescheidne“ Rolle gespielt als aufmerksamer Zuschauer und Beobachter der Geschichte Ägyptens sowohl wie seines englischen Heimatlandes für die Schicksale beider Länder in hervorragend wichtigen Zeiten. Bei der Eröffnung des Suezkanals im Jahre 1869 war er zum erstenmal im Niltale. Genaue Bekanntschaft mit den Verhältnissen des Landes auf den verschiedensten Gebieten, Beziehungen zu den leitenden Persönlichkeiten eben so sehr wie ein eingehendes Studium der Eingebornen mit ihren eigentümlichen Einrichtungen und Bedürfnissen in Hinsicht auf die Kultur und vor allem auf die Religion befähigen Dicey ganz besonders, seine Ansicht über die von ihm nicht völlig

gebilligte Art der britischen Verwaltung und Geschäftsführung in Ägypten darzulegen. Wenn er auch ohne weiteres anerkennt, daß das von Lord Cromer durchgeführte Verwaltungssystem, das noch eine eingehendere Würdigung finden wird, in der Entwicklung der Hilfsquellen des Landes bewundernswertes geleistet hat, so hat es nach Diceys Ansicht insofern völlig versagt, als es nicht gelungen ist, die Zuneigung oder die Achtung der eingebornen Bevölkerung zu gewinnen. Dicey sieht das Heil Ägyptens in einem ausgesprochenen britischen Protektorat über Ägypten, er wünscht eine Verwaltung des Landes in der Art, wie England die Eingebornenstaaten Indiens regiert, nicht unmittelbar durch britische Beamte, sondern mittelbar durch eingeborne Beamte unter der persönlichen Aufsicht eines britischen Residenten. So erhofft Dicey eine Stärkung des britischen Protektorats von einer größern Rücksichtnahme auf den Einfluß und auf die Ideen der Eingebornen und von einem innigern Eingehn eingeborner Beamten auf orientalische Überzeugungen, Überlieferungen und Gebräuche. Der Einführung britischer Anschauungen von Rechtspflege, Moral und Regierung stehn mancherlei Schwierigkeiten im Wege. Eine Anglisierung Ägyptens durch britische Beamte erscheint als eine völlige Unmöglichkeit. Die wichtigste Pflicht Englands aber ist nach Dicey die Aufrechterhaltung der obersten Gewalt in Ägypten, da nur durch sie die Sicherheit der Heerstraße nach Indien gewährleistet wird. Diese oberste Gewalt aber wird keine Schwächung erfahren, sondern im Gegenteil eine wesentliche Stärkung, wenn man den fruchtlosen Versuch aufgibt, britische Ideen durch die Vermittlung britischer Beamten in eine orientalische Bevölkerung verpflanzen zu wollen.

Im einzelnen auf Diceys langjährigen Aufenthalt in Ägypten einzugehn, der ihn mit den meisten leitenden Persönlichkeiten in nahe Berührung gebracht hat, dazu fehlt hier der Raum. Wir müssen aber dem Schlusse beipflichten, den er an die Schilderung seiner Beziehungen zum Nillande knüpft, nämlich daß er tatsächlich berechtigt sei, ein Urteil über die einschlägigen Verhältnisse zu fällen, und namentlich, daß sein Urteil Aufmerksamkeit verdiene, ob man ihm dann beistimme oder nicht, da es auf ernstern Studien aufgebaut sei.

Und mit Entschiedenheit tritt er dem Einwand entgegen, nicht nur Europa, sondern auch Ägypten selbst sei mit den Erfolgen der britischen Verwaltungstätigkeit vollauf zufrieden, auch sei ja Englands Stellung im Nilland dauernd gefestigt. Er kann namentlich in dieser letzten Beziehung nicht die optimistischen Anschauungen teilen, wie sie Lord Cromer und andre britische Beamte jahraus jahrein in ihren Berichten vertreten. Den Gedanken, Englands Heerstraße nach Indien unter die Aufsicht irgendeiner andern Macht oder einer Gruppierung von Mächten zu stellen, weist er ein für allemal ab und verlangt eben deshalb, um jede andre Möglichkeit auszuschließen, die völlige Besetzung Ägyptens. Und dreimal hat Dicey die Gelegenheit kommen sehen, die es, nach seiner Ansicht, England ermöglicht hätte, Ägypten zu besetzen, ohne auf entschiednen Widerstand

der Mächte zu stoßen, und dreimal hat England diese Gelegenheit unbenutzt vorübergehen lassen.

Das erstemal war es, als die Ereignisse im Jahre 1882 nach dem englischen Siege bei Tel-el-Kebir einen für England günstigen Verlauf nahmen. Unter Gladstones Leitung im Ministerium versandte damals das Auswärtige Amt an jede auch nur einigermaßen in Ägypten interessierte Macht die Mitteilung, die britischen Truppen würden, sobald die Ordnung wiederhergestellt sei, zurückgezogen werden; an eine Annektierung ägyptischen Gebiets werde nicht gedacht; einseitige Vorteile für England, an denen die andern europäischen Mächte nicht teilnehmen sollten, würden nicht angestrebt. Nach dem Einzug der britischen Truppen in Kairo wurde wiederum der Welt verkündet, man beabsichtige Ägypten zu reorganisieren und wünsche es in einen unabhängigen Staat mit eigener Regierung zu verwandeln, um dann bald die Besetzung des Landes wieder aufzugeben.

Der Aufstand der Derwische unter dem Mahdi wurde niedergeschlagen, Ägypten wurde von den eingebrochenen Derwischen gesäubert durch britische Truppen unter britischen Offizieren. Nachdem so England Ägypten zum zweitenmal vor dem Schicksal der Anarchie gerettet hatte, würde Europa wohl keinen Einspruch erhoben haben, wenn England den Feldzug mit der Erklärung eines offen ausgesprochenen Protektorats über das Nilland abgeschlossen hätte. Die britische Regierung ließ, ein zweitesmal, eine günstige Gelegenheit unbenutzt vorübergehen.

Die Herrschaft der Derwische war nicht völlig vernichtet, sie hatte nur einen tüchtigen Schlag erhalten. Durch das Zurückziehen der ägyptischen Verwaltung aus dem Sudan, unter der Herrschaft des Khalfen, war dieser ein herrenloses Land geworden, dessen Besetzung der Berliner Vertrag — an seinem Zustandekommen hatte England mitgewirkt — der ersten europäischen Macht zugestand, die nachzuweisen vermochte, daß jenes Gebiet in ihrer Interessensphäre liege. Auf irgendwelche, niemals völlig aufgeklärte Weise erhielt die britische Regierung Kunde, daß Frankreich sich anschicke, vom französischen Sudan aus eine Streitmacht nach den Ufern des Weißen Nils zu entsenden, und daß es in Abis Albeba Verhandlungen führe, um Kaiser Menelik zu veranlassen, eine abessinische Armee zu entsenden, die mit der französischen Truppe unter Kapitän Marchand in Faschoda zusammentreffen und den westlichen Sudan besetzen solle. Die damalige britische Regierung unter Lord Salisbury's Leitung entfaltete eine eifrige Tätigkeit. Es wurden Befehle nach Kairo entsandt mit der Anweisung an die britischen Militärbefehlshaber, ins Feld zu ziehen mit dem ausgesprochenen Ziel, die Herrschaft der Derwische im Sudan zu vernichten. Es folgte die Einnahme von Khartum und die Flucht des Khalfen.

Nur der Umstand, daß Kaiser Menelik den ihm zufallenden Teil des französisch-abessinischen Abkommens auszuführen unterließ, und das energische Vorgehen Lord Ritcheners retteten damals England vor einer Katastrophe, die

seine Stellung in Ägypten stark erschüttert hätte. Der Sudan wurde dann in aller Form als dem „Kondominium“ — was immer dieser Ausdruck bedeuten mag — Seiner Majestät des Königs von England und Seiner Hoheit des Khediven unterstellt erklärt. Ägypten und Europa nahmen diesen Staatsstreich mit Beifall auf. Und in allen Ländern des Kontinents nahm man es als sicher an, daß dieser Erklärung die Ankündigung der Übernahme des ausgesprochenen britischen Protektorats über Ägypten folgen werde. Der Irrtum kam bald zutage. Ein drittesmal hatte England eine sich ihm bietende günstige Gelegenheit, seine Stellung in Ägypten zu klären, vorübergehn lassen und war ein weiteres mal zurückgeschreckt vor der Verantwortung, sich offen als der wahre Herr über Ägypten zu bekennen und so für einen durchgreifenden Erfolg seiner derzeitigen Verwaltungspolitik die unerläßlich nötige Freiheit des Handelns zu bekommen.

Scheint auch so die Gelegenheit, in Ägypten festen Fuß zu fassen und ein Protektorat über das Nilland offen auszusprechen, für absehbare Zeit verpaßt, so haben die Ereignisse der letzten Jahre, die in mancher Beziehung bedeutende Veränderungen in der politischen Gesamtlage zur Folge hatten, die Stellung Englands in Ägypten eher in günstigem Sinne beeinflusst. Der Zusammenbruch der russischen Wehrmacht auf den Schlachtfeldern des fernen Ostens hatte Frankreich belehrt, daß die Allianz mit Rußland von militärischem Standpunkt bedeutend an Wert verloren hatte; eine Wiederholung der Marchandischen Expedition oder irgendein andres Unternehmen, geeignet, die öffentliche Meinung in England zu reizen, erschien deshalb als Akt reinen Wahnsinns. Von dieser Seite her war also England sicher. Im Gegenteil, nach dem Zusammenbruch Rußlands mußte es im Interesse Frankreichs liegen, wieder freundschaftlichere Beziehungen zu England aufzunehmen, die seit dem Beginn der militärischen Besetzung Ägyptens durch diese Macht eine Trübung erfahren hatten. Eine solche Annäherung war aber auch durchaus im britischen Interesse; machte sie doch der Nadelstichpolitik ein Ende, die Frankreich nicht nur in Ägypten, sondern ebenso in Neufundland, auf den Neuen Hebriden, in Westafrika, in Siam, und wo sich sonst auf dem Erdball britische und französische Besitzungen und Interessengebiete berührten, ununterbrochen ausgeübt hatte. Auch die Marchandische Expedition war nur der letzte Akt einer langen Reihe von Bestrebungen, die Macht und das Ansehen des Khediven und seiner eingebornen Minister oder aber tatsächlich des hinter jenen stehenden britischen Vertreters zu untergraben. Das sodann auf Grund der marokkanischen Frage zustandgekommene engere Einvernehmen zwischen beiden Mächten brachte die größern Vorteile für England, dessen Interessen in Ägypten die in Marokko bei weitem überwogen. Zudem konnte wohl Frankreich England „freie Hand“ in Ägypten lassen, nicht aber konnte in derselben Weise England Frankreich „freie Hand“ in Marokko gewährleisten. Es konnte sich überhaupt nur um eine diplomatische Unterstützung der französischen Forderungen von Seiten Großbritanniens

handeln. Daß Frankreich anscheinend die deutschfeindliche Stimmung, die ein großer und einflußreicher Teil der englischen Presse zum Ausdruck brachte, überschätzte und sich dem Glauben hingab, England werde aus irgendeinem einigermaßen geeigneten Anlaß Krieg anfangen, um Marokko der französischen Einflußsphäre einzuverleiben, ist freilich schwer zu begreifen.

Dicey behauptet, das wichtigste Interesse Englands sei vielmehr die Erhaltung des Friedens in Europa. Habe man außerhalb Großbritanniens, zumal infolge der aufdringlichen Freundschaftsbezeugungen gegen Frankreich und der mannigfaltigen Demonstrationen, den Eindruck gewonnen, England sei nicht abgeneigt, im Falle eines Zuspißens der marokkanischen Frage Frankreich eine bewaffnete Unterstützung zuteil werden zu lassen, so habe man sich eben getäuscht. Er räumt auch unumwunden ein, Deutschlands Verhalten und Auftreten in der marokkanischen Angelegenheit seien durchaus berechtigt gewesen.

Während aber die deutsche Regierung gegen das französisch-englische Abkommen Einspruch erhoben hatte, soweit es Frankreichs Einfluß auf Marokko betraf, so sah sie keinen Grund zu einer Stellungnahme gegen den Ägypten betreffenden Teil jener Vereinbarung, da England in Ägypten immer das Prinzip der offenen Tür aufrechterhalten und die Interessen deutscher Untertanen allezeit anerkannt habe, und unter der Voraussetzung, daß an diesem Stande der Dinge nichts geändert werde. Die England in Ägypten zugestandne „freie Hand“ hat von seiten Frankreichs eine besondere Stärkung erfahren, indem sich dieses verpflichtete, der befreundeten Macht seine diplomatische Unterstützung zu leihen für den Fall, daß eine dritte Macht Großbritanniens Recht bestreiten sollte, ein ausgesprochenes Protektorat über Ägypten zu erklären oder den gegenwärtigen abnormen Zustand in diesem Lande gründlich zu verändern.

Ist nun auch Dicey, wie schon ausgeführt worden ist, im Gegensatz zu den maßgebenden Persönlichkeiten der britischen Regierung für einen vollständigen Systemwechsel in Ägypten, so hält er doch den Zeitpunkt keineswegs für günstig. Die gegebenen Gelegenheiten hatte man unbenützt vorübergehen lassen, und fraglich muß es erscheinen, ob sich zumal unter der veränderten politischen Gesamtlage eine ähnlich günstige je wieder bietet.

Was nun das zu wählende System anlangt, so bekämpft Dicey die autokratischen Bestrebungen Lord Cromers, der darauf ausging, die verschiedenen internationalen Einrichtungen in Ägypten abzuschaffen und dieses unter die unmittelbare Verwaltung britischer Beamten zu stellen, die dem Namen nach als die Diener der Khedivischen Regierung arbeiten, in Wirklichkeit aber ihre Anweisungen ohne weitere Umwege von der britischen Agentur erhalten.

Diese internationalen Einrichtungen, die sogenannten „Kapitulationen“ und die internationalen oder gewöhnlich „Gemischte Gerichtshöfe“ genannten Tribunale, aber will Dicey unter allen Umständen erhalten sehen, da er als Folge des Versuchs, sie abzulösen, die heftigste Erregung und den tatkräftigsten Widerstand der gesamten fremden Bevölkerung des Landes voraussieht.

Während die „Gemischten Gerichtshöfe“ bei allen Streitigkeiten zwischen Fremden derselben oder verschiedenen Nationalitäten oder zwischen Fremden und Eingebornen Recht sprechen, gewähren die „Kapitulationen“ den Fremden eine Reihe von Gerechtsamen, die den Eingebornen nicht zugestanden werden, wie Befreiung von gewissen Abgaben, Unverletzlichkeit ihrer Häuser, in die der Eintritt eines ägyptischen Polizeibeamten nur in Begleitung des eignen Konsuls erlaubt ist, und andre.

Eine Abschaffung dieser Ausnahmeeinrichtungen, die eine schwere Ungerechtigkeit gegen die eingeborne ägyptische Bevölkerung bedeuten, will Dicey erst nach der offen ausgesprochenen Erklärung des Protektorats über Ägypten und nach Übernahme der öffentlichen Schuld dieses Landes vorgenommen sehen. Die gegenwärtige Zeit aber erscheint zur Durchführung von Reformen nicht geeignet, da diese die Zustimmung der andern europäischen Mächte notwendig macht. Wie es aber Deutschland gelungen ist, seinen Standpunkt, wonach über die marokkanische Frage nicht ein französisch-englisches Abkommen, sondern vielmehr eine internationale Konferenz zu entscheiden habe, zu verfechten, so wird es auch irgendeiner europäischen Macht möglich sein, die nur durch ein französisch-englisches Abkommen gewährleistete „freie Hand“ in Ägypten anzufechten und zur Entscheidung der ägyptischen Frage ebenfalls den Spruch einer internationalen Konferenz anzurufen. Eine solche Konferenz aber würde zu allererst von England eine bestimmte Erklärung darüber verlangen, ob es seine militärische Besetzung Ägyptens für dauernd oder nur für vorübergehend erachte, und in diesem Falle, wann es die Beendigung der Besetzung vorsehe, in jenem, in welcher Weise es die Rechte der Angehörigen der übrigen fremden Mächte in Ägypten sicherzustellen gedenke.

Für eine solche Entscheidung der Frage aber hält Dicey den jetzigen Zeitpunkt für den denkbar ungünstigsten. Er will zuerst die Grundlagen des ganzen Systems geändert sehen, ehe man zum Neuaufbauen schreiten könne.

Haben die letzten Sätze die augenblickliche Stellung Englands zu Ägypten kurz skizziert, so muß nun mit einigen Worten auf die orientalische Frage, sofern sie mit den Geschicken Ägyptens in Zusammenhang steht, eingegangen werden. Die orientalische Frage ist die alte Frage des Kampfes zwischen Kreuz und Halbmond in ihren Vertretern, dem russischen und dem ottomanischen Reiche, der seit den Tagen Peters des Großen die europäische Staatskunst beeinflusst und in dem letzten halben Jahrhundert seit dem Ende des Krimkrieges einen bestimmtern Charakter angenommen hat, trotz alledem aber von einer Lösung noch weit entfernt ist. Alle Veränderungen im „Nahen Osten“ im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts liefen auf eine Ausdehnung der russischen Macht auf der Balkanhalbinsel und auf eine Verschlechterung der Stellung der Türkei in Europa hinaus.

Lange Zeit hat man in den Kabinetten des westlichen Europas mit Erstaunen gesehen, daß sich Rußland dauernd weigerte, seine Macht gegenüber der

Türkei zum Ausdruck zu bringen. Eine Erklärung ist wohl darin zu suchen, daß der Ferne Osten und seine Zukunft die Aufmerksamkeit der russischen Regierung in höherem Maße in Anspruch nahm als der Nahe Osten. Der Lauf aber, den die Ereignisse im Fernen Osten genommen haben, beeinflusst noch heute Rußlands Haltung auch in der orientalischen Frage nachdrücklich.

Und doch würde ein siegreicher Krieg Rußlands mit der Türkei, endend mit der Einnahme von Konstantinopel und mit der Aufrichtung des Kreuzes an Stelle des Halbmondes auf der einstmaligen Kathedrale der Hagia Sophia einen Sturm der Begeisterung in Rußland entfesseln, wie ihn sogar die glänzendsten Siege über Japans Heer oder Flotte nicht hervorgerufen haben würden. Den Kampf gegen die Ungläubigen glaubt das russische Volk nicht mit den Anhängern Buddhas, sondern mit den Nachfolgern Mohammeds ausfechten zu müssen. Während im europäischen Westen der Sinn für Kreuzzüge erstorben ist, lebt er in Rußland in frischer Kraft weiter. Ein Sieg über die Ungläubigen des türkischen Reichs würde in der russischen Heimat und wohl auch bei einem großen Teil der übrigen Welt das in der Mandschurei verlorne Ansehen wiederherstellen.

Solche Betrachtungen führen zu dem Schluß, daß eine neue und möglicherweise endgiltige Krisis eine Lösung der orientalischen Frage in absehbarer Zeit bringen kann. Englands Haltung würde sich anfänglich beim Eintritt derartiger Verwicklungen als „klug berechnete Untätigkeit“ kennzeichnen. Die Stimmung in England gegenüber der Türkei hat in den letzten Jahrzehnten einen nötigen Umschwung erlebt. War in den Zeiten des Krimkrieges die öffentliche Meinung ganz auf seiten der Türken, so flaute nach und nach diese wohlmeinende Stimmung ab, als man die erhofften und erwarteten Reformen allgemein verbreiteter Mißstände ausbleiben sah, und schlug nach den bulgarischen Greueln in ihr Gegenteil um, sodaß heutzutage die Stimmung in England, wenn auch nicht russenfreundlich, so doch ausgesprochen türkenfeindlich ist. Und im Falle eines feindlichen Einfalls von seiten Rußlands in türkisches Gebiet in der nächsten Zukunft würde auch keine britische Regierung, sei sie konservativ oder liberal, es wagen, eine britische Flotte oder noch weniger ein britisches Heer abzuschicken, um die Autorität des Sultans in Mazedonien oder in Adrianopel oder selbst in Konstantinopel zu stützen.

Die Erhaltung der Türkei als eines Grenzwalles gegen die Besetzung Konstantinopels durch Rußland hat für die englische Politik unsrer Tage nicht mehr dieselbe Bedeutung wie früher. Die militärische Besetzung Ägyptens hat die Heerstraße nach Indien sichergestellt. Ein Landweg aber vom Bosporus bis zu den Grenzen des indischen Reiches, selbst mit Eisenbahnen ausgestattet, würde für England einen verhältnismäßig geringen Wert haben. Setzt sich aber Rußland einmal am Bosporus fest, so kann es unmöglich mehr vom Mitteländischen Meer ausgeschlossen werden. Eine tatsächliche Besetzung der Dardanellen durch Rußland würde aber weit mehr eine Bedrohung der europäischen

Kontinentalmächte als Englands bedeuten. Das sind die Gründe, daß England nicht daran denken kann, die Türkei in Europa gegen etwaige russische Eingriffe zu schützen.

Während aber aus Gründen, deren Erörterung hier leicht unterbleiben kann, Frankreich und auch Italien gegen etwaige russische Schritte und Unternehmungen voraussichtlich keine Maßnahmen treffen werden, muß sich eine andre Macht, hat sie einigermaßen eine Aussicht auf Erfolg, zum Widerstand entschließen. Diese Macht ist Österreich, das durch eine Festsetzung Rußlands am Bosphorus und durch die damit verbundene Herrschaft über die Küsten des Schwarzen Meeres von der Mündung der Donau bis zu den Dardanellen jede Aussicht auf das Erbe des „Kranken Mannes“ ebenso bestimmt verlieren würde wie wahrscheinlich auch seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit.

Bei der seit vierzig Jahren fortdauernden innern Zersetzung der österreichisch-ungarischen Monarchie und der fortgesetzten gegenseitigen Bekämpfung der drei Hauptnationalitäten, der Deutschen, der Slawen und der Magyaren, kann diese einem russischen Vordringen gegen den Bosphorus mit Aussicht auf Erfolg nur bei sichrer Unterstützung durch Deutschland entgegentreten. Gibt man diese Folgerung zu, so muß man auch dem daraus folgenden Schlusse beistimmen, daß Deutschland Herr der Situation ist. Seine Politik im Zusammenhang mit der orientalischen Frage in Vergangenheit und Zukunft muß deshalb in Erwägung gezogen werden.

Deutschlands auswärtige Politik aber muß sich, nach Dicey, von zwei verschiedenen und in gewissem Sinne unvereinbaren Zielen leiten lassen. Einerseits darf Rußland, als Hauptmacht des Zweibundes, nicht vor den Kopf gestoßen, andrerseits muß der Dreibund in seiner Stärke erhalten werden. Diese schwierig zu vereinigenden Ziele lassen sich bloß erreichen durch Erhaltung des Status quo in der europäischen Türkei, solange dies überhaupt im Bereich der Möglichkeit liegt. Hieraus erklärt sich auch, nach Diceys Meinung, Deutschlands Zurückhaltung in allen Reformfragen in der Türkei und bei allen etwa sich bietenden Anlässen eines Eingriffes hier oder auf der Balkanhalbinsel. Die Äußerung Bismarcks von den Knochen des einen pommerischen Grenadiers, die ihm mehr wert seien als die Befreiung Bulgariens von der türkischen Herrschaft, erscheint Dicey als der Ausdruck der einzig korrekten Politik, die nebenbei humaner sei als die Gladstones, der bei den Bulgaren falsche Hoffnungen auf eine britische Intervention erweckt hatte.

Deutschland will jede gewaltsame Lösung der orientalischen Frage zurzeit vermieden sehen. Eine solche kann nur von Rußland ausgehen und muß einen österreichisch-russischen Krieg zur Folge haben, bei dem Deutschland kaum wird vermeiden können, für die eine oder die andre Macht Partei zu nehmen. Zurzeit fallen Österreichs und Rußlands Absichten in dem Punkte zusammen, daß beide einen Bruch mit der Türkei zu vermeiden wünschen. Solange der Zar und die Duma in unentschiednem Streite liegen, muß Rußland den Frieden

im Nahen Osten erhalten. England aber hat nur Interesse an der Erhaltung des Friedens und ist deshalb mit der deutschen Politik völlig einverstanden. Die weitere Ausdehnung der österreichischen Macht längs der Südküste der Balkanhalbinsel würde die beste Lösung der orientalischen Frage sein. Sie verlangt aber zum Erfolg, daß jede plötzliche Umstürzung der türkischen Herrschaft in Europa unbedingt vermieden wird. Dieses Ziel verfolgt Deutschlands Politik in der orientalischen Frage, und aus diesem Bestreben erklären sich, nach Dicey, viele von den scheinbaren innern Widersprüchen der deutschen Staatskunst.

Die orientalische Frage selbst arbeitet in sich auf ihre Lösung hin. Das wichtigste dabei ist, wer der Nachfolger in der Herrschaft in Konstantinopel, am Bosphorus und an den Dardanellen wird. Je langsamer der Prozeß der Zersetzung, desto besser für England, als den Freund des Friedens. Der Sieger im innern Kampf in Rußland aber wird voraussichtlich bald einen Krieg anfangen, um endgiltig die türkische Herrschaft in Europa zu vernichten. So wird wohl in nicht zu ferner Zeit die orientalische Frage am Vorabend einer Lösung stehen. Dann aber werden die Beziehungen Englands zu Ägypten zur Erörterung gestellt werden, und England wird, sehr gegen seinen Willen, gezwungen werden, sich klar auszusprechen, ob es ein Protektorat über Ägypten erklären, oder ob es einen Zeitpunkt für die Räumung dieses Landes durch seine Truppen endgiltig festsetzen will.

Daß die Absicht, Ägypten zu einem günstig erscheinenden Zeitpunkt zu räumen, sehr im Gegensatz zu Diceys bestimmtem Verlangen nach einem offen ausgesprochenen britischen Protektorat über Ägypten und ebenso im Gegensatz zu der öffentlichen Meinung in Europa, die in Englands Verhalten zu Ägypten nur einen weiteren Ausfluß der „Politik des perfiden Albion“ zu erkennen glaubt, in England zumal auf Seiten der Regierung immer ehrlich bestanden habe und noch bestehe, behauptet der Verfasser unseres Buches ganz bestimmt. Habe trotzdem England seine Truppen seither nicht zurückgezogen, so habe das seinen Grund darin, daß dieser Schritt das Zeichen zu innern Unruhen im Nilland geben und nur eine erneute Besetzung dieses Gebietes durch eine andre europäische Macht, z. B. Frankreich, nötig machen würde.

Als unter der Regierung Lord Salisburys im Jahre 1885 ein Vertrag zwischen England und der Türkei, der den Rückzug der britischen Truppen aus Ägypten und die Aufrechterhaltung der Ordnung durch türkische Truppen in jenem Lande zum Gegenstand hatte, von Englands Vertreter schon unterzeichnet war, verhinderte Frankreich durch diplomatische Vorstellungen in Konstantinopel das Zustandekommen des Vertrages.

Als dann während der ersten Zeiten des Burenkrieges der Glaube an eine Niederlage Englands allgemein verbreitet war, zeigten sich die meisten Kontinentalmächte den Anstrengungen Frankreichs, Englands Vorherrschaft in Ägypten zu brechen, geneigt; nur die Weigerung Deutschlands, an einer internationalen Konferenz zur Regelung der Beziehungen zwischen England und Frankreich teil-

zunehmen, verhinderte es, daß England nicht gezwungen wurde, seinem nicht offen zugestandnen Protektorat ein Ende zu machen.

Dann aber kam der Umschwung im Fernen Osten und in seinem Gefolge die englisch-französische Annäherung. So ist für die nächste Zeit die Möglichkeit des Zusammentritts einer kontinentalen Koalition gegen die dauernde Besetzung Ägyptens ausgeschlossen. Keine andre Nation hat zurzeit ein tiefgehendes Interesse an einer Änderung der Verhältnisse im Nillande. Unter der britischen Leitung, die die Politik der offenen Tür in Ägypten immer durchgeführt hat, steht das Land fremden Händlern und fremden Forschern allezeit offen.

Sedoch ist auch der Gnderfolg der Konferenz in Algeciras, wengleich sie sich mit der marokkanischen Frage beschäftigte, für England und seine Beziehungen zu Ägypten von grundlegender Bedeutung geworden. Hier wurde auf Veranlassung Deutschlands der Grundsatz anerkannt, daß kein privates Abkommen zwischen zwei europäischen Mächten in bezug auf einen Staat, worin andre Mächte Handels- oder politische Interessen haben, für dritte als bindend erachtet werden könne, ehe es nicht einer internationalen Konferenz vorgelegen und deren Billigung gefunden habe. Dieser Grundsatz aber schloß die Vorahme durchgreifender Änderungen auf ägyptischem Boden, die zur Zeit der Konferenz von Algeciras geplant worden waren, ohne weiteres aus.

So ist die augenblickliche Lage in bezug auf das Verhältnis Englands zu Ägypten am besten durch eine wenig wohlwollende Neutralität der führenden Kontinentalmächte gekennzeichnet. Ausschlaggebend sind die Beziehungen Deutschlands zu England. Erleben diese keine Störung, so behält England freie Hand in Ägypten. Sollte aber die Entente cordiale bei Deutschland ersten Anstoß erregen, so liegt es in seiner Macht, die einstimmige Entscheidung der Konferenz von Algeciras auch auf Ägypten in Anwendung zu bringen.

Sind bis hierher die Möglichkeiten erörtert worden, die eine Neugestaltung der Lösung der ägyptischen Frage auf dem Gebiete der Politik herbeizuführen vermögen, so muß noch eine andre, aber ebenfalls äußerst wichtige Seite der ganzen Angelegenheit Erwähnung finden, nämlich die bedeutende und tief einschneidende Rolle, die der Islam im Leben und im Denken des ägyptischen Volkes spielt. Von den 12 Millionen Bewohnern Ägyptens sind 90 vom Hundert Anhänger des Islam. Man muß also Ägypten als ein muslimanisches Land bezeichnen, dessen Bewohner Verehrer Allahs, Anhänger des Propheten sind und an den Koran glauben.

Der Islam aber ist, wie keine andre, eine streitbare Religion. Sein Hauptlehrsatz ist und bleibt der Krieg gegen die Ungläubigen. Aller paar Jahre erscheint an irgendeinem Ende der mohammedanischen Welt ein Mahdi, der behauptet, von oben gesandt zu sein, der zum Kampf gegen den Unglauben auffordert, und der immer Anhänger findet. In der Regel nehmen die von ihm angeregten Bewegungen keine allzu bedeutende Ausdehnung an. Doch erscheinen

auch Ausnahmen, Männer von ausgezeichneten Fähigkeiten, an deren wahre Frömmigkeit die Menge fest glaubt. Ein solcher Mann war Mahomed Achmed von Dongola, der Mahdi des Sudans. Und dieser war nahe genug daran, seine Politik durchzuführen, auf Kairo zu marschieren und alle Christen aus Ägypten zu verjagen. Nur die Besetzung des Landes durch britische Truppen machte dies unmöglich. Die ägyptischen Truppen würden sich, wenn sie nicht von britischen begleitet worden wären, vermutlich geweigert haben, gegen die Derwische zu kämpfen; sie wären zu ihnen übergegangen, der Mahdi selbst aber wäre mit Freuden als Befreier des mohammedanischen Volkes im Reiche des Khediven begrüßt worden.

In den letzten zwei Jahren hat sich ein Gefühl von Unruhe in allen Teilen der mohammedanischen Welt und besonders in Afrika gezeigt. Und nun erleidet plötzlich die Überzeugung, daß die Eingebornen Afrikas und Asiens dem Untergang durch die Europäer geweiht seien, einen erschütternden Stoß durch die Entdeckung, daß Rußland, die größte europäische Militärmacht im Osten, zu Paaren getrieben wurde, daß seine Heere geschlagen, seine Flotte zerstört, seine Festungen genommen wurden durch eine verhältnismäßig schwache Macht, die jedenfalls weder aus Kaukasern noch aus Christen besteht. Und hat sich auch seither der eingeborne Afrikaner nicht das geringste um Japan gekümmert, jetzt erfährt er, daß die russischen Eroberer im Fernen Osten wie Schafe verjagt worden sind von einer unbekannten nicht-europäischen Rasse. Und warum soll, so kann jetzt den Mohammedanern ein Mahdi predigen, was den Japanern gegen Rußland gelungen ist, sich nicht auch gegen die Engländer in Ägypten, die Spanier in Marokko, die Franzosen in Tunis oder Algier durch eingeborne Truppen, ausgebildet und geschult wie in Japan durch eingeborne Offiziere, durchführen lassen?

Die japanischen Siege werden übertrieben, ihre Ursachen und die ganz andern Verhältnisse aber gar nicht mitgeteilt. Warum soll sich da nicht in der ganzen Ausdehnung des Mohammedanismus in Afrika der Glaube erwecken lassen, das Blatt habe sich gewandt, jetzt beginne der Siegeszug des Islam, jetzt könne er seine Aufgabe, die Vernichtung aller Ungläubigen, erfüllen?

Die Erwägung der Möglichkeit solcher Einwirkungen auf den Geist der Bevölkerung erhält eine starke Stütze, wenn man sich vor Augen hält, daß fast sämtliche Erhebungen gegen die europäische Herrschaft stattgefunden haben, nachdem die Nachricht von Rußlands Niederlagen Afrika erreicht hatten oder erreicht haben konnten. Unruhen sind zu verzeichnen in Ägypten, im Sudan, in Somaliland, in Deutschostafrika, in Uganda, in Natal, im Kongostaat, in Französisch-Kongo, an der Goldküste, in Nordnigeria, in Zululand, in Deutschsüdwestafrika, im Ashantiland und in Timbuktu. Die wichtigsten Erhebungen aber haben in den von mohammedanischer Bevölkerung besetzten Gebieten stattgefunden und besonders in solchen unter europäischen Protektorat oder unter europäischem Einfluß.

Das wichtigste Bindeglied im Osten für die verschiedenen Rassen aber ist ebenso wie für die einzelnen Individuen der gemeinsame Glaube, die gleiche Religionsübung. Er läßt auch keinerlei Dankbarkeit für Wohltaten auf dem Gebiete staatlicher Ordnung und Zivilisation aufkommen. Durch dieses Band des gemeinsamen Glaubens fühlen sich Mauren, Malaien, Sudanesen, Tunesier enger verbunden als ein paar an demselben Ort und in derselben Beschäftigung lebende Fellachen, von denen der eine Mohammedaner, der andre Kopte ist. Diese Glaubensgemeinschaft ist ein überaus enges Band, von dessen Festigkeit man sich in Europa höchstens vielleicht in slawischen Gebieten eine Vorstellung machen kann.

In Ägypten selbst haben die letzten Monate eine Reihe von Anzeichen deutlicher Unzufriedenheit unter der mohammedanischen Bevölkerung gebracht; die Unruhen in Alexandrien, der Anschlag auf das Arsenal in Khartum, der Angriff früherer sudanesischer Soldaten des Khalifen auf eine von englisch-ägyptischen Soldaten besetzte Örtlichkeit, die plötzliche Besetzung von Akaba durch türkische Truppen sind alles zum Teil Zeichen der Unzufriedenheit mit unangenehmen und unvollständlichen Reformen oder noch mehr Zeichen des gemeinsamen Glaubens aller ägyptischen Anhänger des Propheten, der in Abdul Hamid verehrungsvoll das Haupt des Islams sieht.

Sobald Lord Cromer den Ernst der Lage erkannt hatte, handelte er mit einer Raschheit und mit einer mutigen, zielbewußten Entschlossenheit, die den Dank Englands verdienen. Die Lage der Engländer in Ägypten kann auch nur dann als kritisch erachtet werden, wenn je die Regierung Zweifel an ihrer festen Entschlossenheit aufkommen ließe. Aber ebenso ist es für alle christlichen Mächte, die Besitzungen, Einflußgebiete oder Protektorate im dunkeln Erdteil haben, eine Lebensfrage, daß sie gemeinsame Sache machen gegen jede Glaubenserhebung in irgendeinem Teile von Afrika, mögen sie noch so fern sein von dem unmittelbaren Schauplatz eines Streites zwischen Kreuz und Halbmond. In Betracht kommen hier nur vier europäische Großmächte: England, Frankreich, Italien und Deutschland. Sie zu einer Art von paneuropäischer Liga zum Schutz der christlichen Niederlassungen in mohammedanischen Ländern zu vereinigen, wird die größte Schwierigkeit haben. Aber schon die Anerkennung des Satzes, daß eine mohammedanische Erhebung in irgendeinem Staat eine gemeinsame Gefahr für alle ist, ist wertvoll, aber auch notwendig. Diese europäischen Staaten sollten deshalb jeden Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu schaffen suchen. England und Frankreich werden zurzeit durch ein Band gemeinsamer Politik geeint. Die Haltung der beiden andern Mächte wird von dem Verhalten der beiden Freunde ihnen gegenüber abhängen. Mögen auch die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland einer Annäherung weniger günstig sein, so hat doch England ein starkes persönliches Interesse an der aufrichtigen Teilnahme Deutschlands an seinen Bestrebungen, ein Wiederaufflammen des mohammedanischen Fanatismus zu bekämpfen.

Zudem ist sich Englands Regierung nach Diceys Ansicht klar bewußt, wie viel Dank dieses Land Deutschland dafür schuldet, daß es sich geweigert hat, die Invasion der Sinaihalbinsel durch türkische Truppen zu unterstützen. Hätte Deutschland in Konstantinopel geschwiegen, so hätte zweifellos der Sultan, bauend auf den vermeintlichen guten Willen Deutschlands und auf das augenblickliche Nichtvorhandensein einer Militärmacht Rußlands, seine Angriffspolitik gegen Ägypten fortgesetzt und England in einen Krieg verwickelt, der es zugleich der heftigen Feindschaft des Islams in Asien und Afrika im allgemeinen und besonders in Ägypten ausgesetzt hätte.

Auf die Geschichte der britischen Regierung in Ägypten näher einzugehn, fehlt hier der Raum. Nur des letzten Leiters der britischen Verwaltung und seiner auch von Dicy trotz mancherlei grundsätzlicher Gegnerschaft voll anerkannten hohen Verdienste um das Land sei mit einigen Worten noch Erwähnung getan. Auch andre, die mit Dicy der Ansicht sind, daß sich das von Lord Cromer in Ägypten eingeführte System unmittelbarer, persönlicher, autoritärer Verwaltung mit den wahren Interessen Englands sowie Ägyptens nicht vertrage, müssen doch zugeben, daß seine Politik, die darauf hinausging, Ägypten zahlungsfähig zu machen, ohne Rücksicht auf die Kosten oder auf die Verzögerung höchst dringender Reformen, ein gesundes Urteil und hohe staatsmännische Begabung beweist. Lord Cromer hat nie gezögert in der Durchführung seiner Überzeugung, daß alle innern Reformen warten müßten, bis Ägypten in der Lage wäre, die Zinsen seiner öffentlichen Schuld aus eignen Hilfsquellen zu bezahlen. Großer Mut und große Ausdauer haben dazu gehört, eine unpopuläre Politik im Gegensatz zu der andauernden Opposition durchzuführen. Lord Cromer kann für sich vollauf die Anerkennung in Anspruch nehmen, daß die Wiederherstellung des ägyptischen Kredits die Grundlage für alle materiellen Verbesserungen war, die er in Ägypten durchgeführt hat.

Seine Regierungstätigkeit hat infolge mancher Geschehnisse in Lord Cromer nach und nach zwei Grundanschauungen befestigt, denen er sich anfangs noch verschlossen hatte, erstens die Überzeugung, daß die militärische Besetzung Ägyptens für die Dauer sein müsse, und zweitens, daß zu Lebzeiten der jetzigen Generation Ägypten niemals für irgendeine Art konstitutioneller Selbstregierung reif werde. Auf der Grundlage dieser Anschauungen baute er sich die Überzeugung auf, die beste Art und Weise, Gesetz und Ordnung in Ägypten zu erhalten, sei, das Land soweit wie möglich mit englischen Ideen von Recht und Ordnung anzufüllen und hierzu britische Beamte nach seinen Anweisungen und unter seiner Aufsicht zu verwenden.

Hier noch des weitern auf die Reformabsichten Lord Cromers einzugehn, muß unterlassen werden, da ja Diceys Buch durch Lord Cromers Abschied schon überholt worden ist. Er hatte dahin gestrebt, die Kapitulationen abzulösen, die Gemischten Gerichtshöfe zu unterdrücken, eine beratende, gesetzgebende Körperschaft zu errichten, die er mittelbar, wenn nicht gar unmittelbar selbst

ernennen wollte, dem Khediven das Recht des Verkehrs mit fremden Mächten anders als durch die britische Agentur zu nehmen und dadurch die bei Seiner Hoheit beglaubigten Generalkonsuln in Handelskonsuln zu verwandeln. Dadurch würde sich nach und nach die vollständige Autokratie ohne jede Aufsicht herausgebildet haben, ein System, das kaum unter einem so edeln und hochgesinnten Regenten, wie Lord Cromer, günstig gewirkt haben würde, geschweige denn unter ganz anders gearteten Charakteren, wie sie unter seinen Nachfolgern doch auftreten können.

Daß Dicey gerade dieser Seite der Regierungstätigkeit und politischen Bestrebungen Lord Cromers seine Zustimmung versagt, ist schon erwähnt worden. Seine wiederholt ausgesprochene Ansicht geht dahin, daß die unbedingte Beherrschung der Heerstraße nach Indien für die Wohlfahrt des britischen Reiches unerläßlich sei, und daß aus diesem Grunde England berechtigt sein müsse, Ägypten so lange besetzt zu halten, bis das Protektorat aufhört, im wesentlichen Interesse Englands zu liegen. Daß Ägypten in absehbarer Zeit ein unabhängiger, selbständiger Staat werden könne, glaubt er nicht. Sollte aus irgendeinem Grunde die britische Besetzung Ägyptens ein Ende finden, so würde eine andre Macht in ihre Fußtapfen treten. Ägypten ist zu reich und einem Angriff zu sehr ausgesetzt, als daß es allein stehn könnte; muß es aber unter fremdem Schutz stehn, so, glaubt Dicey, kann es von keiner andern Großmacht besser geschützt werden als von England.

Es handelt sich also zum Schluß nur noch darum, zu zeigen, wie sich Dicey in Zukunft die Regierung und Verwaltung Ägyptens denkt. Nach seiner Ansicht, die sich auf dem Gefühl schwerer übernommener Pflichten und vollster Verantwortung gegenüber dem besetzten fremden Lande und seinen Einwohnern aufbaut, darf die von niemand geglaubte Täuschung nicht länger aufrecht erhalten werden, die Engländer seien nach Ägypten gekommen und blieben dort einzig und allein zum Besten des Landes. Die eingeborne Bevölkerung mag wohl einsehn gelernt haben, daß die englische Verwaltung ihres Landes ihr viele Vorteile gebracht hat. Sie wird aus diesem Grunde die Entfernung der Engländer nicht etwa geradezu wünschen. Es darf aber nie vergessen werden, daß in Ägypten die Religion eine ganz andre Rolle spielt als in Europa, und daß der im verborgnen ruhende Fanatismus auch gelegentlich wieder zum Vorschein kommen kann. Darum muß es einer der ersten Grundsätze staatskluger Leitung der Dinge in Ägypten, und in noch höherm Maße im Sudan, sein, ohne Grund der an sich friedlichen Bevölkerung keinen Anlaß zu dem Verdacht zu geben, man wolle die geheiligten Sitten und Gebräuche des Islams antasten.

Abgesehen aber von den Bewässerungsanlagen, deren Nutzen die Fellachen einzusehn vermögen, erregen die von englischer Seite beabsichtigten Reformen Argwohn; man vermutet in ihnen Angriffe gegen die Hoheit des Korans. Ein konservativer Glaube ist jedem Wechsel abgeneigt; eine Neuerung wird um so weniger wohlwollend aufgenommen, wenn fremde, der Sprache des Landes

gar nicht mächtige Beamte ihre Einführung leiten und überwachen müssen. Da der Versuch, die Eingebornen von der unbedingten Überlegenheit aller britischen Neueinführungen zu überzeugen, aber keineswegs als gelungen bezeichnet werden kann, so taucht die Frage auf, ob es sich überhaupt empfiehlt, mit diesen aussichtslosen Versuchen weiter fortzufahren.

Dicey schlägt auch für Ägypten die Anwendung des Systems vor, das England bei den eingebornen Staaten Indiens, Frankreich in Tunis und Algier, Österreich in Bosnien und der Herzegowina mit Erfolg anwendet. Die oberste Gewalt muß in den Händen des Vertreters der schützenden Macht liegen, heiße er nun Resident, Gouverneur oder Generalkonsul. Die innere Verwaltung des geschützten Staates steht zwar unter jener Oberhoheit, wird aber möglichst wenig verändert. Die alten Gesetze und Gebräuche bleiben bestehen, wie vor dem Protektorat, die alten eingebornen Verwaltungsbeamten werden in der Regel mit übernommen. Diesen sind gewisse Freiheiten in der Art ihrer Amtsführung entsprechend der Sitte des Landes zu lassen; bedeutende Mißbräuche und Verfehlungen aber werden mit sofortiger Entlassung und andern schweren Strafen, die der Vertreter der Schutzmacht verhängt, geahndet. Dies ist die breite Grundlage, deren Einzelheiten von sachverständigen Leuten an Ort und Stelle zu bearbeiten wären. In den Provinzen sind alle Stellen bis zum Rang des Gouverneurs an ägyptische Untertanen zu vergeben, die für eine geordnete Verwaltung dem Vertreter Englands verantwortlich zu machen sind und von diesem abgesetzt werden können. Auf dieser Grundlage erwartet Dicey mit Bestimmtheit eine günstige Entwicklung der Dinge in Ägypten.

Die von ihm vorausgesehenen Möglichkeiten, entweder, daß die Großmächte Lord Cromers Verlangen nach „freier Hand“ in Ägypten zustimmen, oder aber, was wahrscheinlicher ist, daß die Mächte die Besprechung dieser Frage ablehnen, ehe eine internationale Konferenz über das Verhältnis von England zu Ägypten als Schutzmacht und geschützter Staat entschieden hat, haben den Verfasser veranlaßt, durch sein Buch die Augen seiner englischen Landsleute auf den nicht befriedigenden Zustand des nicht offen erklärten Protektorats und auf die Mängel der zurzeit in Ägypten betriebenen Politik hinzuweisen. Daß ihm dies gelungen ist, daß er die Aufmerksamkeit in England auf sich gelenkt hat, haben schon die anfangs gegebenen Presseäußerungen gezeigt. Inwieweit das Buch eine tatsächliche Wirkung haben wird, läßt sich, da inzwischen Englands Vertreter in Ägypten seinen Posten an eine andre Persönlichkeit übergeben hat, nicht beurteilen.

Bei dem von Jahr zu Jahr wachsenden Interesse Deutschlands für Ägypten, bei den sich immer mehr steigenden Wechselbeziehungen auf den Gebieten des Verkehrs, des Handels und der Industrie erschien es nicht unangebracht, auch einem deutschen Leserkreis Kenntnis von diesem Buche eines die Verhältnisse in Ägypten genau kennenden Mannes zu geben, der zudem einen klaren Blick für das hat, was jenem Lande not tut. Im allgemeinen wurde die Absicht

verfolgt, Diceys grundlegende Gedanken mitzuteilen; einige Stellen haben eine eingehendere Wiedergabe gefunden, namentlich auch die, wo er sich mit einer bei englischen Politikern unsrer Tage leider nicht zu häufig zu findenden Unbefangenheit, ja vielfach sogar mit offener Anerkennung für das Verhalten Deutschlands und seiner Regierung in den Streitfragen der jüngsten Zeit ausspricht. Mag man nun Diceys Ausführungen und Folgerungen als berechtigt anerkennen oder nicht, ein gewisses Interesse wird man ihm auch in Deutschland sicher nicht versagen.

Oberleutnant Otto Neuschler



Die ältesten Fürsten von Braunschweig

Von Otto Freiherrn von Dungen



o ist nun auf den Hohenzoller ein Mecklenburger Prinz als Regent von Braunschweig gefolgt und in die alte Welfenresidenz eingezogen. Den Welfen verdankt die Stadt ihre erste Blütezeit im Mittelalter, und seitdem hat sie jahrhundertlang die Schicksale ihrer welfischen Fürsten geteilt. Aber dieses ursprünglich italienische Fürstenhaus ist doch nicht seit den ältesten Zeiten seiner Geschichte mit Braunschweig verknüpft. In Sachsen und Bayern, in Württemberg, Baden, Oldenburg, Mecklenburg und fast allen kleinern deutschen Fürstentümern findet sich die Dynastie schon in ihrer fernsten Vergangenheit als Fürstengeschlecht im Lande. Braunschweig war durch die Hand verschiedener Fürstenhäuser gegangen, ehe es den Welfen als Erbteil zufiel. Die Stadt war allerdings unter diesen vorwelfischen Herren noch unbedeutend, wohl nur ein Schloß und ein Zentraltutshof, von dem aus die umliegenden Herrngüter verwaltet wurden, und um den sich ganz allmählich eine größere Ansiedlung bildete. Aber die Herren, die im Schlosse saßen, zählten schon lange vor den Welfen zu den vornehmsten Fürsten Deutschlands.

In den seltenen Fällen, wo wir im Binnenlande dem Wort *Wif* als Bezeichnung eines Wohnsitzes begegnen, werden wir in älteste deutsche Vergangenheit zurückgeführt. Osterwif, Bardewif haben eine tausendjährige Geschichte. Braunschweig = Brunes-Wif mag nicht minder alt sein, wenn auch der Bericht über die Gründung durch den Sachsenherzog Bruno 861 — nach andrer Version 890 — nur eine Sage ist, die in der Blütezeit der Stadt im dreizehnten Jahrhundert zuerst aufkommt, und gegen die schon der Braunschweiger Reimchronist Bedenken ausspricht, der sie Ende jenes Jahrhunderts in Verse bringt. Herzog Bruno war ein väterlicher Oheim König Heinrichs des Voglers. Ging man auf ihn als Gründer zurück, so hatte man nahe Beziehungen der Stadt zum Haus der sächsischen Kaiser festgestellt, und das war ehrenvoll. Herzog Bruno hatte einen wahrscheinlich jung gestorbenen, kaum genannten Bruder

Grenzboten II 1907

86